

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/67

5. April 1973

Die Junge Union rührt die Trommel

Betretenes Schweigen im Bonner Konrad-Adenauer-Haus

Seite 1 / 38 Zeilen

Der Skandal auf dem deutschen Bodenmarkt.

Erster Reformschritt: Der Planungswertausgleich

Von Ernst Waltemathe MdB  
Mitglied des Ausschusses für Raumordnung,  
Bauwesen und Städtebau sowie der Kommission  
für Bodenrechtsreform der SPD

Seite 2 und 3 / 70 Zeilen

CDU will die Offiziere "isolieren"

Die Bundeswehr-Bildungsreform muß einheitlich sein

Von Erwin Horn MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Bundestages

Seite 4 und 5 / 74 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

## Die Junge Union rührt die Trommel

### Betretenes Schweigen im Bonner Konrad-Adenauer-Haus

Die Bonner CDU-Zentrale markiert den toten Mann. Der Aufstand der Jungunionisten in Bremen hat für das Konrad-Adenauer-Hochhaus nicht stattgefunden, und die CDU-nahe Presse, die sonst jeden Pieps aus irgendeiner Jungsozialistenversammlung zu einem neuen Beweis für den angeblich bevorstehenden "Tag X" einer revolutionären Linksunterminierung der bedrohten Demokratie hochstilisiert, hat für Bremen keine Zeile Platz gehabt.

Was ist geschehen? Der Landestag Bremen der Jungen Union vollzog praktisch den Beginn der Revolte gegen das Partei-Establishment der CDU, das aus der Wahlniederlage vom 19. November 1972 bis zur Stunde keine brauchbaren Konsequenzen gezogen hat und sich dafür in sterilen Versprechungen und kleinkarierten Personalquerelen verliert. Diese Jungunionisten können die Partezentralen-Parole von der Ruhe als der ersten Pflicht eines braven CDU-Bürgers einfach nicht mehr hören, und deshalb marschieren sie schnurstracks auf die Konfrontation zu, die, "wenn sie sachlich motiviert ist, gesucht und öffentlich ausge-tragen werden soll". Dafür haben sie ein Papier mit dem polit-aktuellen Namen "Konfliktstrategie" erarbeitet, nach dessen Leitlinien sie zum Schluß erreichen wollen, daß "die CDU nicht dort bleibt, wo sie jetzt ist". Und für dieses Ziel sind sie auch bereit, das Establishment zu schockieren: "Wir dürfen die Straße nicht immer den anderen überlassen!"

Soll man da hohnlachen? Käme der Bericht von einem Landestag der Jungsozialisten, dann würde sich der Bonner CDU-Vorstands-sprecher vor Entsetzen kaum noch fassen können, und Gerhard Löwenthal und die Springer-Presse sähen den Wohlfahrtsstaat bereits zusammenbrechen. Jetzt geht es ihnen selbst unter die Haut, und da schweigen sie sich in allen Tonlagen aus. Als wenn jemand geglaubt haben könnte, daß die Unruhe in der jungen Generation an den Grenzen nach den Jungdemokraten und den Jungsozialisten halt machen würde! Bremens Jungunionisten-Boss Bernd Neumann, unter dessen Regie der "Marsch auf die Straße" beraten wurde, soll den aus Altersgründen ausscheidenden Junge-Union-Bundes-vorsitzenden Jürgen Echternach noch in diesem Jahr ablösen. Dann wird man im Bonner Konrad-Adenauer-Hochhaus sehr bald auch vor der eigenen Türe kehren müssen und nicht mehr Zeter und Mordio allein in Richtung SPD und FDP schreien können.

(ee/5.4.1973/ks/ex)

+ + +

Der Skandal auf dem deutschen Bodenmarkt

Erster Reformschritt: Der Planungswertausgleich

Von Ernst Waltemathe MdB

Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie der Kommission für Bodenrechtsreform der SPD

Mit Recht hat Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel die Verhältnisse auf dem Bodenmarkt als "alarmierend" bezeichnet. Wenn der Deutsche Städtetag in diesen Tagen in neuen Zahlen nachgewiesen hat, daß sämtliche Bodenwertsteigerungen seit Kriegsende etwa 650 Milliarden DM betragen haben sollen, wovon etwa die Hälfte auf Umwidmungen beruht, so wäre es müßig, noch in Abrede stellen zu wollen, daß eine umfassende Reform zu grundlegenden Änderungen führen muß. Der Deutsche Städtetag belegte, daß in den Jahren 1965 bis 1970 die Gewinne aus Bodenwertsteigerungen ein Volumen angenommen haben, das ungefähr der Hälfte der in der gleichen Zeit vorgenommenen wertschaffenden Investitionen ausmacht. Solche Verhältnisse und Verhältniszahlen sind eines sich als "Leistungsgesellschaft" begreifenden sozialen Rechtsstaates unwürdig, weil sie aufzeigen, daß manche zufällige Mitbürger ohne jegliche eigene Leistung Millionäre werden.

Es ist aber keineswegs nur das Problem einer leistungsbezogenen sozialen Gerechtigkeit, das zu umfassender Änderung aufruft. In den Regierungserklärungen der sozialliberalen Koalition von 1969 und 1973 hat u.a. auch die Raumordnungspolitik einen besonderen Rang. Ziel der Raumordnungspolitik ist es, qualitativ gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen der BRD zu schaffen. Mittel zu diesem Zweck sollen "städtische" Lebensverhältnisse auch im ländlichen Raum sein, womit die Bedienung mit gesunden Wohnungen, Arbeitsplätzen und Gemeinschaftseinrichtungen in Schwerpunktorten gemeint ist. Die Ziele der Raumordnung und der jeweiligen Landesplanung der Bundesländer erfordern große finanzielle Anstrengungen der Allgemeinheit. Es wäre verfehlt, wenn ein großer

Teil dieser Leistungen in die Taschen von "begünstigten" Bodeneigentümern fließen würde, die das Glück haben, daß ihr Gelände zufällig im Bereich von Entwicklungszentren gelegen ist und somit aus zwingenden Gründen der Schaffung von Lebensqualität plötzlich "wertvoll" wird.

Ein erster Schritt zur Lösung des Bodenproblems wird bei der Novellierung des Bundesbaugesetzes mit dem preisbegrenzenden Vorkaufsrecht und der Einführung des Planungswertausgleichs getan werden. Der Planungswertausgleich muß so ausgestaltet werden, daß Planungsgewinne der Allgemeinheit vollständig und zügig zugeführt werden und damit auch die Bodenmobilität erhöht wird. Mir erscheint es nicht vertretbar, die Erhebung der Ausgleichsabgabe grundsätzlich erst dann vorzunehmen, wenn die Erteilung einer Bauernlaubnis erfolgt ist, bzw. möglich wäre.

Der Gesetzgeber wird auch zu überlegen haben, wie man von dem durch die höchstrichterliche Rechtsprechung geprägten Begriff des "Bauerwartungslandes" wieder herunterkommt. Denn die eigentliche Übersetzung dieses schwammigen Ausdrucks wäre, daß mit Äckern und Wiesen im städtischen Umlandbereich auf künftige Bebauung spekuliert werden darf und entsprechendes Gelände somit einen über den innerlandwirtschaftlichen Verkehrswert hinausgehenden "Wert" hätte, der vom Eigentümer "zulässigerweise" eingesteckt werden darf.

Die Einführung des Planungswertausgleichs bei der Novellierung des Bundesbaugesetzes wird ein nicht unbedeutender, aber dennoch kleiner Schritt in Richtung auf mehr Gerechtigkeit und Eindämmung der Bodenpreise sein. Es könnte sinnvoll sein, wenn schon jetzt die Gemeinden bei der Verabschiedung neuer Bebauungspläne veröffentlichten würden, wieviel Hektar Gelände jeweils mit welchen voraussichtlichen Wertsteigerungen bedacht werden, damit wir in der Bundesrepublik zu einer möglichst vollständigen "Umwidmungsstatistik" kommen.

Auf steuerrechtlichem Gebiet sind ebenfalls wesentliche Umstellungen erforderlich, um die spekulative Bodenhortung, die sozialschädlich ist, zu verhindern und unattraktiv zu machen. Hierzu gehört insbesondere eine neue Bodenbewertung, welche die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer möglich macht.

In vielen interessanten Bereichen unserer Städte und Gemeinden können die skandalösen Zustände auf dem Bodenmarkt freilich erst endgültig beseitigt werden, wenn die Bürgergemeinschaft das Verfügungsrecht über den Boden bekommt und an Private zeitlich befristete Nutzungsrechte ausgegeben werden, deren Entgelt die unmittelbare Zuführung der Bodenrente an die Allgemeinheit darstellen würde.

(-/ 5.4.1973/ks/ex)

CDU will die Offiziere "isolieren"

Die Bundeswehr-Bildungsreform muß einheitlich sein

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Für die SPD besteht in der Bildungsreform der Bundeswehr das Prinzip der Gleichwertigkeit in der Weiterbildung der Soldaten aller Dienstgrade. Die Unteroffiziersausbildung hat den gleichen Stellenwert wie die erweiterte Offiziersausbildung in neu zu errichtenden Bundeswehrhochschulen, auch wenn dies in der öffentlichen Diskussion bisher nicht genügend beachtet wurde.

Ziel dieser Bemühungen ist es, daß die Bundeswehr auch im Bildungsbereich den Anschluß an die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung erhält. Deshalb tritt die SPD auch für eine geschlossene Bildungskonzeption in allen drei Bereichen ein: Die Weiterbildung der längerdienenden Unteroffiziere, die Errichtung zweier Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München und ein klares Konzept für die Ausbildungsstufe C, d.h. für die Stabsoffiziere, bilden eine sinnvolle Einheit. Deshalb wendet sich die SPD gegen jeden Versuch, der dieses sinnvoll aufeinander abgestimmte Bildungssystem durchbrechen will, um gruppenspezifische Eigeninteressen durchzusetzen, wie dies in einem Vorschlag einer Arbeitsgruppe der Führungsakademie für die Ausbildungsstufe C der Fall ist.

Der Arbeitskreis Sicherheit der SPD hat vor Rahmenkonzept über das Gutachten der Bildungskommission bis zu den jetzigen ersten Konkretisierungen die Arbeit des Ministeriums und der Bildungskommission kritisch begleitet, aber zugleich auch in vielen Gesprächen und Tagungen mit konstruktiven Hinweisen und Beiträgen beachtet. Schon vor 1969 war den CDU-Regierungen bekannt gewesen, daß 97 vH. der Abiturienten studieren wollen. Daraus sind aber von der damaligen Regierung keine politischen Konsequenzen gezogen worden. Wenn die CDU jetzt die Eigenständigkeit der Bundeswehrhochschulen fordert, so versucht sie, diese neue Einrichtung in eine

gesellschaftliche Isolation zu bringen.

Das politische Ziel der SPD ist es, die Bundeswehrhochschulen in die später zu errichtenden Gesamthochschulen zu überführen. Solange die Universitäten in ihrer Struktur noch nicht so weit sind, Gesamthochschulen bilden zu können, dürfen wir auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Ausbildung der Offiziere nicht untätig bleiben. Der bestehende Zustand, daß heute an 63 Schulen und Akademien der Bundeswehr in 2.709 Lehrgängen die Offiziersausbildung vollzogen wird, ist völlig unzulänglich. Diese Meterogenität der Ausbildung muß durch die neuen Bundeswehrhochschulen überwunden werden.

Deshalb tritt die SPD grundsätzlich für eine wissenschaftliche Ausbildung der Offiziere ein. Alle anderen vergleichbaren Berufe in unserer Gesellschaft erfordern selbstverständlich ein wissenschaftliches Studium. Die Kompliziertheit im personellen und sachlichen Bereich bedingt heute für die Tätigkeit eines Offiziers eine wissenschaftliche Ausbildung. Die Anforderungen in der Menschenführung können nicht mehr dem zufälligen Geschick des Vorgesetzten überlassen werden, sondern sie müssen pädagogisch fundiert sein.

Hochtechnisierte Waffen und Geräte, komplizierte Organisationsformen und moderne logistische Systeme stellen Anforderungen, bei denen man in anderen vergleichbaren Berufen unserer Gesellschaft überhaupt nicht an der wissenschaftlichen Ausbildung als Voraussetzung für eine Führungstätigkeit zweifeln würde. Deshalb ist die Überprüfung aller bisherigen Vorstellungen im Bereich der Ausbildungsstufe C unabdingbar notwendig. Die SPD muß einen nur dreimonatigen Förderlehrgang in der Fortbildungsstufe C als unzulänglich ablehnen. Es ist unzulänglich, nach drei Monaten ein sachgerechtes Auswahlkriterium für die künftigen Generalstabsoffiziere zu erhalten. Mit dem Abschluß des Förderlehrganges, d.h. im Durchschnitt im 30. Lebensjahr des Berufsoffiziers, kann nicht die endgültige Entscheidung darüber fällen, wer künftig Stabsoffizier bzw. Generalstabsoffizier wird.

Die SPD unterstützt das Gutachten der Bildungskommission und bietet auch hier den verantwortlichen Stellen ihre begleitende Hilfe an. Das Verteidigungsministerium sollte dem Verteidigungsausschuß eine rechtzeitige Information über die Entwürfe zur Ausbildungsstufe C geben, damit die Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD ihre Vorstellungen entsprechend der gesamten Bildungskonzeption einbringen kann. Bei einem solchen Verfahren ist auch weiterhin die volle Unterstützung der Neuordnung des gesamten Bildungswesens in der Bundeswehr von der Weiterbildung der längerdienenden Unteroffiziere bis zur Ausbildung der Generalstabsoffiziere durch eine breite parlamentarische Mehrheit gesichert.

(-/ 5.4.1973/ks/ex)